

# ÖVP prescht mit Antrag für Spar-Abkommen im nahenden Wahlkampf vor Gesetz gegen Wahlzuckerln?

Das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament kann, das weiß man spätestens seit einer heißen Nationalratsnacht aus 2008, teuer werden. Um Wahlzuckerln in den kommenden Monaten zu verhindern, will der ÖVP-Klubchef sogar die Verfassung ändern. Die SPÖ hält davon jedoch nichts und nennt die Idee „populistisch“.

Glaubt man Beobachtern, könnte der heurige Wahlkampf ein besonders teurer werden: Weil es im Parlament keine fixen Koalitionen mehr gibt, besteht die große Gefahr, dass Parteien im Kampf um die Wählergunst kostspielige Wahlgeschenke in Form von Gesetzen verteilen.

Neu wäre dies nicht: Kurz vor der Nationalratswahl 2008 etwa wurden in einer einzigen Plenarsitzung mit wechselnden Mehrheiten bis kurz nach vier Uhr in der Früh Erhöhungen von Pensionen und Pflegegeld, Senkung von Teilen der Mehrwertsteuer und

das Ende der Studiengebühren beschlossen – später wurden die Kosten dieser heißen Wahlkampfnacht auf nahezu 30 Milliarden Euro beziffert.

Nach einem Vorstoß des Parlamentsexperten Werner Zögernitz in der „Krone“ schlugen Neos und ÖVP ein Spar-Abkommen vor – nun geht die ÖVP einen Schritt weiter: Anstelle eines Paktes ließ ÖVP-Klubchef August Wöginger bereits einen Gesetzestext ausarbeiten, der mit Kosten verbundene Natio-

nalratsbeschlüsse vor einer Wahl nur noch bei „Gefahr im Verzug“ erlauben soll. Das bedeutet: Budgetrelevantes soll etwa nur im Katastrophenfall auf den Weg gebracht werden dürfen. Wöginger begründet sein Vorpreschen als Zeichen „gegen die drohende Casino-Mentalität“. Ändern will die ÖVP gleich ein Verfassungsgesetz, wie aus dem dreiseitigen, der „Krone“ vorliegenden, Antrag her-

vorgeht. Diskutiert soll der Vorschlag nächste Woche werden.

Bloß hält sich die Begeisterung dafür in Grenzen: Die FPÖ richtete lediglich aus, die Idee zu prüfen – die SPÖ geht da schon weiter: „Das ist doch ein populistischer Schnellschuss, das würde die Gesetzgebung völlig blockieren“, sagt dazu Vizeklubchef Jörg Leichtfried. **KK**



*Wir sind der Meinung, dass sich ein Gesetz besser eignet als ein Abkommen, um gegen die Casino-Mentalität kurz vor einer Wahl vorzugehen. Ich werde in der kommenden Woche das Gespräch mit den anderen Klubs suchen.*

ÖVP-Klubobmann August Wöginger



Foto: SEPA, Media | Martin Juen

**Johann Gudenus, Ex-FPÖ-Klubchef, wird im Ermittlungsverfahren der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Ibiza-Video laut „Profil“ als Verdächtiger geführt. Der Verdacht der Staatsanwälte nach dem Bericht des Magazins: „Untreue“, „Anstiftung zur Untreue“ und „Vorteilnahme zur Beeinflussung“.**



Foto: Spiegel.de

➤ Namen durchgesickert ➤ Morgen Angelobung?

## Übergangsregierung ist jetzt so gut wie komplett

Die Regierung von Brigitte Bierlein wird wohl doch keine reine Beamtenregierung ohne parteipolitische Färbung. Mittlerweile sickerten die Namen der meisten Minister durch – mit Nähe zu ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Die neue Regierung nimmt Gestalt an: Nachdem die „Krone“ bereits berichtete, dass Alexander Schallenberg Außenminister, Elisabeth Udolf-Strobl Wirtschaftsministerin und Iris Rauskala Bildungsministerin wird, sickerten nun weitere Namen durch: So soll etwa Brigitte Zarfl, die unter SPÖ-Politikern im Sozialministerium bis zur Sektionschefin aufgestiegen ist,

nun ihr angestammtes Haus übernehmen. Infrastrukturminister wird Hartwig Hufnagl, Ex-Mitarbeiter von FPÖ-Chef Norbert Hofer.

Zum Finanzminister steigt der bisherige Sektionschef Eduard Müller auf, das Familienressort erbt Ines Stilling. Bestätigt wurden die Namen in der Hofburg noch nicht. Angelobt dürften die neuen Minister aber schon morgen werden.